



Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler  
Beigeordnete Frau Ritschel  
Frau Dr. Delius

Frau Schulz

Herr Wörmann

Herr Hilker

Herr Puls

Dezernat 5

Dezernat 3

Gesundheits-, Veterinär- und  
Lebensmittelüberwachungsamt

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

Büro für Integrierte Sozialplanung  
und Prävention

Stab Dezernat 5

Stab Dezernat 5

Gäste

Herr Radloff

Frau Kögel

Frau Landmann

Frau Schellong

Jobcenter Arbeitplus Bielefeld

Gebärdendolmetscherin

Gebärdendolmetscherin

CDU-Fraktion

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen

-Sozialamt-

## **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die vielen Gäste, die Gebärdendolmetscherinnen und die übrigen Anwesenden.

Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Aufgrund der großen Anzahl von Gästen schlägt sie vor, die Beratung des Tagesordnungspunktes 7 und 8 im Anschluss an Punkt 3 zu beraten. Die Ausschussmitglieder haben keine Einwände.

### **Zu Punkt 1 Mitteilungen**

Frau Schulz teilt mit, dass als Termin für die gewünschte Besichtigung einer Flüchtlingsunterkunft Mittwoch, der 19.02.2014 um 15.00 Uhr, vorgeschlagen werde. Die Anwesenden haben keine Einwände. Der Treffpunkt wird mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort abgestimmt und den Ausschussmitgliedern schriftlich mitgeteilt.

---

### **Zu Punkt 2 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

---

### **Zu Punkt 3 Haushaltsplan 2014 für die Produktgruppen 11.02.03 -Lebensmittel- und Schadstoffüberwachung, 11.02.04-Veterinärwesen/Artenschutz, 11.02.05 - Fleischhygiene, 11.07.01 - Gesundheitsförderung, 11.07.02 - Gutachten und Stellungnahmen, 11.07.03 - Gesundheitshilfe und 11.07.04 -Gesundheits- und Infektionsschutz sowie der Stellenplan für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6703/2009-2014/1

Beigeordnete Frau Ritschel verweist auf die aktualisierte Fassung der Beschlussvorlage.

### **Beschluss**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2014 mit den Plandaten für die**

### **Jahre 2015 bis 2017 wie folgt zu beschließen:**

1. Der Erhöhung der Aufwendungen um 34.000,- Euro bei der Produktgruppe 11.07.01, Produkt 11.07.01.03 Prävention und Hilfen für Kinder und Jugendliche – Sachkonto 5291.0000 Aufwendungen für Dienstleistungen und  
 der Erhöhung der Aufwendungen um 20.400,- Euro bei der Produktgruppe 11.07.03, Produkt 11.07.03.03 Kinder- und Jugendpsychiatrische Hilfen – Sachkonto 5291.0000 Aufwendungen für Dienstleistungen.  
 Die Deckung erfolgt aus dem Personalbudget, Kostenstelle 530.230 und Kostenstelle 530.220.
  
2. Den **Teilergebnisplänen** der
  - Produktgruppe 11.02.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 24.567,- Euro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.443.601,- Euro wird zugestimmt.
  
  - Produktgruppe 11.02.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 19.836,- Euro und ordentlichen Aufwendungen von Höhe von 243.009,- Euro wird zugestimmt.
  
  - Produktgruppe 11.02.05 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 50.114,- Euro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 74.566,- Euro wird zugestimmt.
  
  - Produktgruppe 11.07.01 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 77.840,- Euro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 1.696.609,- Euro wird zugestimmt.
  
  - Produktgruppe 11.07.02 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 114.000,- Euro und ordentlichen Aufwendungen von 742.979,- Euro wird zugestimmt.
  
  - Produktgruppe 11.07.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,- Euro und ordentlichen Aufwendungen von 451.861,- Euro wird zugestimmt.
  
  - Produktgruppe 11.07.04 mit ordentlichen Erträgen von 593.287,- Euro und ordentlichen Aufwendungen von 1.319.246,- Euro wird zugestimmt.
  
3. Dem **Teilfinanzplan A**
  - Produktgruppe 11.02.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- Euro, investiven Auszahlungen von 300,- Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- Euro wird zugestimmt.
  
  - Produktgruppe 11.02.04 mit investiven Einzahlungen von Höhe von 0,- Euro und investiven Auszahlungen von 200,- Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- Euro wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.01 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- Euro und investiven Auszahlungen von 600,- Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- Euro wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.02 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- Euro und investiven Auszahlungen von 8.038,- Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- Euro wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- Euro und investiven Auszahlungen von 200,- Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- Euro wird zugestimmt.

Produktgruppe 11.07.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- Euro, investiven Auszahlungen von 7.900,- Euro und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 0,- Euro wird zugestimmt.

#### Dem **Teilfinanzplan B**

In den Produktgruppen 11.02.03, 11.02.04, 11.07.01, 11.07.02, 11.07.03 und 11.07.04 wird zugestimmt.

4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.02.05., 11.07.01 und 11.07.04 wird zugestimmt.

5. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen:

11.02.03 Lebensmittel-, Schadstoffüberwachung

11.02.04 Veterinärwesen/Artenschutz

11.02.05 Fleischhygiene

11.07.01 Gesundheitsförderung

11.07.02 Gutachten und Stellungnahmen

11.07.03 Gesundheitshilfe

11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz

wird zugestimmt.

6. Der Fortschreibung der **HSK-Maßnahmen** des Amtes 530 (Maßnahmen Nr. 178, 179 und 180 und HSK-plus 254 Illg wird zugestimmt. Die Maßnahmeblätter sind als **Anlage 1** beigefügt.

7. Dem **Stellenplan** 2014 für das Amt 530 wird zugestimmt. Die Veränderungsliste gegenüber dem Haushalt 2013 für das Amt

530 ist als **Anlage 3** beigelegt.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

---

*Im Anschluss werden die Tagesordnungspunkte 7 und 8 beraten  
(s. Protokollierung unter dem jeweiligen TOP im späteren Teil der Niederschrift).*

---

#### **Zu Punkt 4      Haushaltsplan 2014 für den Stab des Dezernates 5 -095-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6710/2009-2014

Herr Weber teilt mit, dass die CDU-Fraktion wegen der Doppelstruktur im Dezernat 5 der Vorlage nicht zustimmen werde.

Herr Dr. Schmitz kritisiert den Verlustübertrag der REGE mbH.

Beschluss:

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2014 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2017 wie folgt zu beschließen:**

1. Den **Zielen und Kennzahlen**  
der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05, und 11.05.06 wird zugestimmt (Anlage 1).
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.22	Verwaltungsleitung - Dez. Soziales	90.250 €	527.776 €	437.526 €
11.05.05	Jobcenter Arbeitplus Bielefeld	0 €	7.257 €	7.257 €
11.05.06	REGE	0 €	543.257 €	543.257 €
<b>Summen</b>		<b>90.250 €</b>	<b>1.078.290 €</b>	<b>988.040 €</b>

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden (Anlage 2).

3. Dem Stellenplan 2014 für den Stab des Dezernates 5 -095- wird zugestimmt (Anlage 3).

- bei sechs Gegenstimmen mit Mehrheit beschlossen -

---

#### **Zu Punkt 5 Stellenplan 2014 für das Jobcenter Arbeitplus Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6793/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der SGA folgenden

**Beschluss:**

**Der mit Beschluss der Trägerversammlung des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld vom 11.12.2013 aufgestellte Stellenplan (Anlage 1) wird genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

#### **Zu Punkt 6 Verwaltungsentwurf Stellenplan 2014**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6587/2009-2014

Herr Hood bittet die Verwaltung, im nächsten Jahr über die Entwicklung der Fallzahlen im Bereich der Grundsicherung zu berichten.

Herr Buschmann fordert die Verwaltung auf, nach einer gesamtstädtischen Deckung für die Stelle zu suchen und dabei Konsolidierungseffekte mit zu berücksichtigen.

Beigeordneter Herr Kähler teilt mit, dass es für die Belastbarkeit von Mitarbeitern (Fallanzahl pro Mitarbeiter) eine Bemessungsgrundlage gebe. Gemäß dieser Vorgabe sei die Stellenanzahl angehoben worden. Sollte eine Änderung dieser Vorgaben gewünscht sein, müsse sich der Ausschuss damit auseinandersetzen. Er weist aber darauf hin, dass bei den zu erwartenden demographischen Entwicklungen eher mit Fallzahlsteigerungen als mit -senkungen zu rechnen sei.

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, die 0,9 Mehrstelle entsprechend der Veränderungsliste Nr. 117 einzurichten.**

- mit Mehrheit beschlossen -

---

## **Zu Punkt 7      Haushaltsplan 2014 für das Amt für soziale Leistungen** **-Sozialamt-**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6671/2009-2014

Herr Weber verweist auf die in der letzten Sitzung geführte Diskussion über die vorliegenden Haushaltsanträge und unterbreitet den nachfolgend aufgeführten Antrag der CDU-Fraktion.

### CDU-Antrag:

*Der SGA beauftragt die Verwaltung, die Anträge (Hörgeschädigtenzentrum (HGZ), Seniorenrat und DRK) in Höhe von 18.300 Euro (also anteilig: zu 50 % der beantragten Summen) aus dem Gesamtdezernatshaushalt (Dezernat 5) zu decken.*

Er begründet den Antrag dahingehend, dass im JHA auch Haushaltsanträge beschlossen worden seien, obwohl ein Deckungsvorschlag noch nicht unterbreitet werden konnte. Die Verwaltung sei dahingehend beauftragt worden, eine finanzielle Deckungsmöglichkeit innerhalb des Sozialdezernates bis zu den Haushaltsberatungen im Finanz- und Personalausschuss (FiPA) zu ermitteln.

Frau Schneider teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion nicht ohne weiteres zustimmen könne. Die Notwendigkeit der Aufgaben werde gesehen, aber eine Finanzierbarkeit sehe sie derzeit nicht. Sie schlägt vor, lediglich den Antrag des HGZ auf Erhöhung des städtischen Zuschusses in den FiPA weiter zu geben und dort eine gesamtstädtische Finanzierbarkeit prüfen zu lassen.

Frau Rathsmann-Kronshage bewertet den Antrag der CDU-Fraktion als zu einfach. Vor der Beschlussfassung solle eine Finanzierbarkeit geprüft werden. Die Anträge müssten differenziert betrachtet werden. Die finanzielle Situation des HGZ sei seit längerer Zeit bekannt. Die städt. Finanzsituation dürfe aber nicht ausgeblendet werden. Es müsse nicht nur nach kurzfristigen sondern auch nach langfristigen Lösungen gesucht werden, die auch im SGA thematisiert werden müssten. Auf der Grundlage dieser Überlegungen bringe die Ampelkoalition (SPD-, Bündnis 90/Die Grünen- und FDP-Fraktion) folgenden Antrag ein:

### Antrag der Ampelkoalition:

*Der SGA beauftragt die Verwaltung, einen Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten, der den Erhalt des Hörgeschädigtenzentrums (HGZ) für 2014 sichert. Dieser Vorschlag soll im Rahmen der Abschlussberatungen im Finanz- und Personalausschuss vorgelegt werden.*

*Darüber hinaus soll, unter Einbeziehung aller Akteure, auch eine langfristige Lösung für den Erhalt des HGZ erarbeitet werden.*

Herr Weber versichert, dass die CDU-Fraktion diesen Antrag nach eingehenden Gesprächen mit den Beteiligten formuliert habe. Man wolle die Fortführung des HGZ sichern; die angespannte Haushaltslage aber ebenfalls im Blick behalten. Die CDU-Fraktion wäre auch mit einer Deckungsmöglichkeit aus dem städt. Gesamthaushalt einverstanden.

Herr Dr. Schmitz weist nochmal darauf hin, dass die Fraktion Die Linke die Anträge der freien Träger eingebracht habe. Er fordert zur vollen Übernahme der mit den Anträgen verbundenen Kosten auf. Über das Budget der Gebärdendolmetscherkosten soll, bis zur Beschlussfassung des Haushaltes 2014 im Rat, ein abstimmungsfähiger Vorschlag vorgelegt werden. In diesem Zusammenhang kritisiert er nochmals den 2013 vom Rat beschlossenen finanziellen Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen.

Beigeordneter Herr Kähler regt an, über die eingegangenen Anträge einzeln abzustimmen.

Beigeordneter Herr Kähler bewertet die Forderung des HGZ als begründet und schlägt als mögliche Lösung für 2014 einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 11.590 € vor, mit der Maßgabe in diesem Jahr eine langfristige Lösung des finanziellen Problems, unter Einbeziehung aller Beteiligten, zu erarbeiten.

Zum CDU-Antrag führt er aus, dass die Bewilligung von 50% der nicht gedeckten Kosten das Überleben des HGZ nicht sichere. Es würde der gesamte Fehlbetrag benötigt.

Frau Geilhaar bewertet die Situation des HGZ als unerträglich und begrüßt den Vorschlag des Beigeordneten Herrn Kähler.

Für Frau Rathsmann-Kronshage zeichnet sich bei Anträgen seriöse Politik dadurch aus, dass finanzielle Deckungsvorschläge unterbreitet würden.

Herr Buschmann bestätigt auch das Ansinnen der FDP-Fraktion, den Fortbestand des HGZ zu sichern. Eine Gewährung von 50% würde aber wieder neue Probleme nach sich ziehen. Den Vorschlag des Beigeordneten Herrn Kähler begrüßt er.

Nach den Ausführungen von Beigeordnetem Herrn Kähler schließt sich die CDU-Fraktion im Hinblick auf den Antrag des HGZ dem Antrag der Ampelkoalition an.

### **Anträge freier Träger:**

- 1. Antrag des Fördervereins HGZ zwecks Erhöhung des jährlichen Zuschusses**

### **Beschluss:**

**Der SGA beauftragt die Verwaltung, einen**

**Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten, der den Erhalt des Hörgeschädigtenzentrums (HGZ) für 2014 sichert. Dieser Vorschlag soll im Rahmen der Abschlussberatungen im Finanz- und Personalausschuss vorgelegt werden. Darüber hinaus soll, unter Einbeziehung aller Akteure auch eine langfristige Lösung für den Erhalt des HGZ erarbeitet werden.**

- einstimmig beschlossen -

**2. Antrag des Stadtverbandes der Hörgeschädigten Bielefeld e. V. und des Fördervereins Kulturzentrum für Hörgeschädigte Bielefeld e. V. auf Errichtung eines städtischen Kostenbudgets für Gebärdensprach-, Schriftdolmetscher und Taubblindenassistenten**

Frau Schulz weist darauf hin, dass es keine generelle Kostenträgerschaft der Kommune gebe. Sie informiert darüber, dass bereits bei der Stadtverwaltung und den freien Trägern die Ausbildung von Gebärdendolmetschern intensiviert werde und bereits jetzt anfallende Dolmetscherkosten von der Stadt Bielefeld getragen würden.

Aufgrund dieser Ausführungen zieht Herr Dr. Schmitz den Antrag zurück.

**3. Antrag des Deutschen Roten Kreuzes auf finanzielle Unterstützung bei der Flüchtlingsarbeit**

Frau Rathsmann-Kronshage bekräftigt die Anerkennung der Arbeit des DRK, weist aber darauf hin, dass die Betreuung von Flüchtlingen vom Land finanziert werde und dieser Antrag eine freiwillige Leistung der Kommune darstelle. Aufgrund der derzeitigen Haushaltslage könne die Ampelkoalition keine Zustimmung geben.

Abstimmung über den Antrag der CDU auf 50%-Kostenübernahme:

- bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt -

**Abstimmung über den Antrag des DRK:**

- bei fünf Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt -

---

*Zunächst erfolgt die Diskussion und Abstimmung über den Antrag des Seniorenrates. Siehe Protokollierung unter TOP 8.*

-.-.-

Nach den Einzelbeschlüssen fordert Vorsitzende Frau Schrader die Anwesenden auf, über die Beschlussvorlage 6671/2009-2014 abzustimmen.

**Beschluss über die Drucks.-Nr. 6671/2009-2014:**

**Der SGA empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2014 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2017 wie folgt zu beschließen:**

4. Den **Zielen und Kennzahlen**

der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

5. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.66	SGA, Seniorenrat, Beiräte	97 €	134.024 €	133.927 €
11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	37.321.487 €	104.229.806 €	66.908.319 €
11.05.02	Sicherung des Lebensunterhalts	32.501.886 €	48.475.976 €	15.974.090 €
11.05.03	Besondere soziale Leistungen	7.684.855 €	55.832.500 €	48.147.645 €
<b>Summen</b>		<b>77.508.325 €</b>	<b>208.672.306 €</b>	<b>131.163.981 €</b>

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

6. Den **Teilfinanzplänen A** der

Produktgruppe 11.05.01

investive Einzahlungen = 12.000 €, investive Auszahlungen = 52.200 €

Produktgruppe 11.05.03

investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 12.000 €

wird zugestimmt.

7. Den speziellen **Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 für den Haushaltsplan 2014 wird zugestimmt.

8. Dem **Stellenplan 2014** für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt  
– wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

---

**Zu Punkt 8**

**Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 18.07.2013 (s. TOP 18, Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen ab 2014) zu Punkt 5 des Budgets der Leistungsverträge, hier: Streichung der jeweils neu zu vergebenden Projektmittel für Seniorenarbeit in Höhe von 13.000 € (Antrag des Seniorenrates an den SGA und Rat der Stadt)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6627/2009-2014

Herr Weber verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion auf 50% -ige Gewährung der Projektmittel für die Seniorenarbeit.

Frau Schneider gibt zu Bedenken, dass mit einem derartigen Beschluss der Finanzrahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen in Frage gestellt würde. Die SPD-Fraktion werde deshalb dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion:

- mit Mehrheit abgelehnt -

Vorsitzende Frau Schrader bittet um Abstimmung des Antrages,  
Drucks.-Nr. 6627/2009-2014.

**Beschluss:**

**Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt wie folgt zu beschließen:**

**Der Beschluss, die Projektmittel in Höhe von 13.000 € zu streichen, wird aufgehoben.**

- bei einer Enthaltung mit Mehrheit abgelehnt -

---

**Zu Punkt 9**

**Haushaltsplan 2014 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6686/2009-2014

Frau Dr. Ober erklärt sich grundsätzlich mit der Einrichtung dieses Amtes nicht einverstanden und fragt an, warum die Büroassistenten-Stelle gedeckt und die 0,9 Stelle in der Grundsicherung ungedeckt sei.

Beigeordneter Herr Kähler erwidert darauf, dass die Deckung über den Kämmerer Herrn Löseke gewährleistet werde.

Herr Weber bekräftigt die Position der CDU-Fraktion zur Einrichtung des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention und bewertet die Kosten dafür als nicht gerechtfertigt.

**Beschluss:**

**Der SGA empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2014 mit den Plandaten für die Jahre 2015 bis 2017 wie folgt zu beschließen:**

1. Den **Zielen** der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt (Anlage 1).

2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	62.000 €	862.099 €	800.099 €
<b>Summen</b>		<b>62.000 €</b>	<b>862.099 €</b>	<b>800.099 €</b>

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden (Anlage 2).

3. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.31 - investive Auszahlungen i. H. v. 4.600 € - wird zugestimmt (Anlage 3).

4. Dem Stellenplan 2014 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention -540- wird zugestimmt (Anlage 4).

- mit Mehrheit beschlossen -

---

Abschließend stimmt der Sozial- und Gesundheitsausschuss über den Gesamthaushalt des Sozialdezernates wie folgt ab:

- bei sechs Gegenstimmen mit Mehrheit beschlossen -

Vorsitzende Frau Schrader beendet die Sitzung um 17.55 Uhr.

---

Schrader  
(Vorsitzende)

---

Krumme  
(Schriftführerin)